



INFOMAIL

Berliner Politik aus Sicht Ihres Wahlkreisabgeordneten in Karlsruhe-Land

Freitag, 27. November 2020

Band 14, Ausgabe 18

Themen

- **Bundeshaushalt**
- **Altersversorgung**
- **Bildung**

«Dieses scheinbar immer-eine draufsetzen, das zermürbt uns doch alle.»

(Unionsfraktionschef Ralph Brinkhaus CDU im Bundestag zum Fehlen flächendeckender, konsequenterer Maßnahmen)

In dieser Ausgabe:

- | | |
|---|---|
| Solide Altersversorgung heutiger Senioren | 2 |
| Kultur bewahren und stärken | 2 |
| Stärkung der Familien | 3 |
| Digitale Bildungsoffensive starten | 3 |
| Investitionen in Verkehr und Landwirtschaft | 4 |

Milliarden für Gesundheit und Pflege

Am Donnerstag hat der Deutsche Bundestag das Gesundheitsversorgungs- und Pflegeverbesserungsgesetz verabschiedet. Wir sorgen so dafür, dass die Beitragszahler die Last der in den letzten Jahren aufgelaufenen hohen Defizite in der Gesetzlichen Krankenversicherung nicht alleine tragen müssen.

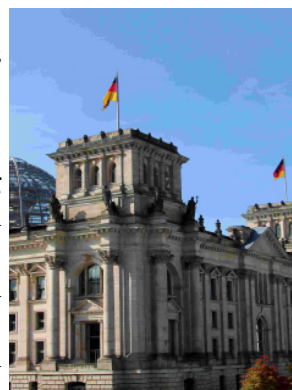
Der Bund erhöht im nächsten Jahr den Steuerzuschuss zum Gesundheitsfonds um 5 Milliarden Euro. Und die Krankenkassen beteiligen sich mit etwa zwei Fünftel ihrer Rücklagen. So sollen die Zusatzbeiträge der gesetzlich versicherten Beitragszahler im kommenden Jahr auf durchschnittlich 1,3 Prozent begrenzt werden.

Unabhängig davon werden wir im Gesundheitsbereich in Zukunft deutlich sparen müssen. Viele finanzielle Möglichkeiten, die wir in den letzten Jahren hatten, werden wir nach der Corona-Pandemie nicht mehr haben.

Darüber hinaus sorgen wir dafür, dass 20.000 neue Assistenzstellen in der Altenpflege zusätzlich finanziert werden.



Der ländliche Raum wird zudem von den Sicherstellungszuschlägen für Kinderkrankenhäuser und Fachabteilungen für Kinder- und Jugendmedizin profitieren. Für die gesetzlichen Krankenkassen schaffen wir weitere Möglichkeiten, eine innovative Versorgung anzubieten.



Wir verlängern außerdem die Akuthilfe für pflegende Angehörige, wie beispielsweise die Möglichkeit, Familienpflegezeit

in Anspruch zu nehmen und der Arbeit zur Bewältigung einer pandemiebedingten akuten Pflegesituation bis zu 20 Arbeitstage fernzubleiben.

Um den Alltag vieler Patienten sowie der im Gesundheitswesen tätigen Menschen zu verbessern, soll der Rettungsschirm verlängert werden. So sehen wir auch für das Jahr 2021 Liquiditätshilfen für Zahnärztinnen und Zahnärzte vor und verlängern unsere Unterstützung für Heilmittelerbringer. Diese sollen künftig bis Ende des Jahres 2021 für jede Heilmittelverordnung einen zusätzlichen Betrag in Höhe von mindestens 1,50 Euro gegenüber den Krankenkassen geltend machen können.

Mit dem Gesetz wird auch ein Hebammenstellen Förderprogramm für die Krankenhäuser aufgelegt:

Ab 2021 können für eine Laufzeit von drei Jahren etwa 600 zusätzliche Hebammenstellen und bis zu 700 weitere Stellen für unterstützendes Fachpersonal in Geburtshilfeabteilungen geschaffen werden.

Solide Altersversorgung heutiger Senioren

Die Bundesregierung hat am Mittwoch den Rentenversicherungsbericht 2020 und den Alterssicherungsbericht 2020 vorgelegt. Die Berichte zeigen, dass die heutigen Rentnerinnen und Rentner gut versorgt sind:

Die gesetzliche Rentenversicherung bleibt für die meisten Bürgerinnen und Bürger die wichtigste Säule der Alterssicherung. Sie allein sagt aber noch nicht viel über das Gesamtversorgungsniveau im Alter aus. Denn viele, die eine Rente beziehen, verfügen noch über andere Einkünfte, etwa eine Betriebsrente oder Einkünfte aus anderen Versorgungssystemen. Die Einkünfte der heutigen Senioren sind sehr vielfältig. Die Details dazu finden sich im Alterssicherungsbericht.

Die monatlichen Haushaltsnettoeinkommen aller Ehepaare und Alleinstehenden im Alter ab 65 Jahren betragen 2019 im Durchschnitt 2.207 Euro und sind von 2015

bis 2019 um 14 Prozent gestiegen, also stärker als die Inflation. Die Senioren haben also deutlich von der wirtschaftlichen Entwicklung profitiert.

Senioren, die weiterhin erwerbstätig sind, gehen ihrer Arbeit zumeist gerne und freiwillig nach. Die Auswertung ergibt, dass Spaß an der Arbeit, das Gefühl gebraucht zu werden und der Wunsch mit Menschen in Kontakt zu bleiben Hauptgründe für Erwerbstätigkeit im Alter sind, und nur in wenigen Fällen wirtschaftliche Notlagen.

Abseits der guten Nachrichten offenbart der Bericht in drei Bereichen Handlungsbedarf:

1. Die Altersabsicherung der Selbständigen ist heterogen, nicht alle bringen es hier zu Reichtum. Einige bleiben auf der Strecke, sind nicht abgesichert und von Altersarmut be-

droht. Für diese Fälle haben wir im Koalitionsvertrag eine Lösung vorgesehen, die wir auch vor dem Hintergrund der Corona-Krise jetzt dringend diskutieren müssen.

2. Der weitere Aufbau von Betriebsrenten kommt trotz zahlreicher Verbesserungen, die wir auf den Weg gebracht haben, nicht so recht in Schwung und erreicht oft nur die großen Betriebe. Wir müssen mehr tun, um die Verbreitung in kleinen Betrieben und unter Geringverdienern zu vergrößern. Es muss bessere Informationen und einen einfacheren Zugang geben.

3. Die Privatvorsorge stagniert auch. Das sehen wir etwa bei der Riester-Rente. Hier könnten im Zweifel attraktivere Angebote helfen. Dazu liegen Vorschläge auf dem Tisch, die wir eingehend diskutieren und bewerten müssen.



Kultur bewahren und stärken

Die Kultur gehört zu den Lebensbereichen, die durch die Corona-Krise am meisten getroffen werden. Auch nach dem Hilfsprogramm NEU-START und zusätzlichen Investitionen zur Bewältigung der Coronakrise hat die Förderung für uns weiterhin sehr hohe Priorität. Kultur gibt den Menschen Orientierung und hält die Gesellschaft zusammen, über alle Gruppen und in allen Regionen unseres Landes.

Der Haushaltsausschuss hat deshalb den Etat für die Be-

auftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien für das kommende Jahr 2021 um rund 170 Millionen Euro auf ein neues Rekordniveau von gut 2,1 Milliarden Euro gesteigert.

Zahlreiche Kulturprojekte in allen Teilen des Landes können durch die Unterstützung des Bundes zusätzlich realisiert werden: Von der Sanierung bedeutender baulicher Anlagen bis hin zu kulturellen Leuchtturm-Initiativen. Gedenkstätten und Projekte der Erinnerungskultur gehören ebenso dazu wie die Unterstützung von Opfergruppen.

Wichtig ist uns als Union darüber hinaus wie in den Vorjahren auch die Förderung der Kultur der Vertriebenen.

Wir freuen uns über die deutliche Steigerung der Ausgaben für den Denkmalschutz im Haushalt:

Mit dem neuen Denkmalschutzsonderprogramm X im Volumen von 70 Millionen Euro können wir auch in 2021 zahlreiche Denkmalsanierungen im ganzen Land fördern und so unser kulturelles Erbe weiter pflegen und bewahren.

Stärkung der Familien

Der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages hat in der Bereinigungssitzung zum Bundeshaushalt 2021 auch den Einzelplan des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend final beraten. Mit dem heutigen Beschluss über ein Finanzvolumen von 12 Milliarden Euro setzen wir als Unionsfraktion im Bundestag ein wegweisendes Zeichen für das gesellschaftliche Miteinander in Deutschland.

Die im Haushalt vorgesehenen Projekte sind eine wichtige Klammer für alle Bevölkerungsgruppen jeden Alters, unabhängig von Herkunft

und sozialem Hintergrund, in unserem Land.

Keimzelle unserer Gesellschaft sind und bleiben unsere Familien, welche nun mit Elterngeld und gesteigerten Kindergeld weiter gestärkt werden. Zudem erhöhen wir die Entscheidungsfreiheit der Eltern, indem die Vereinbarkeit von Beruf und Familie mit erweiterten freiwilligen Betreuungsangeboten verbessert wird. Dabei helfen wir als Bund finanziell den Bundesländern



sowie den Kommunen in ihrer originären Aufgabe. Im ländlichen Raum wird ein Projekt zur Unterstützung von Schülerinnen im IT-Bereich weitergeführt. Darüber hinaus steht die Förderung des Ehrenamts im Fokus. Wohlfahrtsverbände und Mehrgenerationenhäuser werden wirksam unterstützt. Aber nicht alles ist mit Geld zu lösen, deshalb spreche ich ein großes ‚Dankeschön‘ an alle ehrenamtlich Tätigen im Jugend- und Seniorenbereich aus.

Digitale Bildungsoffensive starten

Seit Beginn der Corona-Pandemie haben wir eine Reihe von zusätzlichen Maßnahmen im Bereich Digitale Bildung auf den Weg gebracht und diese in die Architektur des Digitalpakts Schule integriert. Auch für die Zukunft bleibt aus unserer Sicht der Digitalpakt das richtige Steuerungselement. Bei dessen Umsetzung müssen wir aber noch deutlich mehr Geschwindigkeit reinbringen.

Eltern, Schüler und Lehrkräfte erwarten zu Recht, dass alles dafür getan

wird, um die Schulbildung in der Corona-Pandemie am Laufen zu halten. Daher unternehmen wir als Bund kurzfristig alles, was in unserer Zuständigkeit möglich ist,



um die Länder zu unterstützen. Wir wollen, dass die Milliardenpakete des Digitalpaktes die Schulen schnell und effektiv erreichen. Deswegen schlagen wir den Ländern eine übergreifende, agile Beratungseinheit vor. Akut brauchen wir eine gebündelte Anlaufstelle für sämtliche Fragen, die sich im Zuge der Umsetzung des Digitalpaktes vor Ort bei den Schulen und Schulträgern ergeben. Dies muss kurzfristig von den Ländern eingerichtet werden, damit der vom Bund bereits geschaffene ‚fast track‘, also die spätere Einreichung von Medienkonzepten, volle Beschleunigungswirkung entfaltet.

Die Corona-Pandemie zeigt zudem, dass mittelfristig der kooperative Bildungsföderalismus neu aufgestellt werden muss. Unsere Position ist dabei klar: Wir brauchen eine gemeinsame Verständigung auf ge-

samtstaatliche Ziele, in der Umsetzung eindeutige Verantwortlichkeiten auf Grundlage des Subsidiaritätsprinzips, und ein transparentes Prozessmanagement bei den Förderprogrammen.

Einige Bundesländer sind hier gefordert, ihre Hausaufgaben zu machen und die bereit gestellten Mittel zügiger abzurufen. Als Bund bauen wir die Hilfestellung dafür kurzfristig aus. Gleichzeitig braucht es aber auch weitergehende Konzepte, so zum Beispiel für die Weiterentwicklung der Curricula, den Wissenstransfer zwischen den Akteuren in der digitalen Bildung, für eine vereinfachte Zulassung von digitalen Lernmaterialien und eine länderübergreifende Datenschutz-konforme Nutzung von Lernmitteln. Mit unseren Vorschlägen bleiben wir weiterhin Treiber und Taktgeber der Digitalisierung an den Schulen.

AXEL E. FISCHER
MITGLIED DES DEUTSCHEN BUNDESTAGES

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: 030-227-73790
Fax: 030-227-76677
E-Mail: axel.fischer@bundestag.de

«Wir haben es in der Hand. Wir sind nicht machtlos. Wir haben ganz ohne Zweifel noch einmal schwierige Monate vor uns.»

(Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel (CDU) am Donnerstag im Deutschen Bundestag)

Investitionen in Verkehr und Landwirtschaft

In der sogenannten Bereinigungssitzung von Donnerstag 11 Uhr bis heute 4 Uhr haben wir im Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages den Haushalt 2021 verhandelt und verabschiedet. Ein Schwerpunkt lag dabei für uns darauf, den Haushalt gerade auch im Zeichen der Corona-Krise zukunftsfähig zu gestalten.

Mit dem Verkehrshaushalt als größten Investitionsetat wird zu einem beträchtlichen Teil die Zukunft Deutschlands gestaltet. Wie schnell wir bei der Digitalisierung der Mobilität und unserer Infrastruktur vorankommen, entscheidet in hohem Maße über die Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes. Gerade wenn es darum geht nach der Corona-Krise die Wirtschaft wieder in Schwung zu bringen. Ich freue mich deshalb, dass hier auch für 2021 wieder die richtigen Akzente gesetzt werden. Zum einen bestehend aus notwendigen Unterstützungsmassnahmen für betroffene Unternehmen und Branchen. Zum anderen aus nachhaltigen Investitionen in spannende Zukunftsprojekte. Pragmatismus und Innovation – die Verkehrshaushalt trägt die klare Handschrift der Union.

In den besonderen Zeiten der Pandemie sind für den kommenden Haushalt 2021 zweierlei Dinge wichtig: Die Un-

ternehmen im Bereich Mobilität weiter bestmöglich zu stützen, aber gleichzeitig die Krise als Chance zu nutzen, um verstärkt in die Digitalisierung der Mobilität und damit in die Zukunft zu investieren. Wir entlasten etwa den Schienengüterverkehr sowie den Schiffsverkehr durch die Senkung bzw. Aussetzung von Abgaben (zusätzlich 61 Mio. Euro). Daneben gibt es zusätzliche Mittel für die Schienenverkehrsforschung und die Digitalisierung im Cargo-Bereich (72 Mio. Euro), ein neues Deutsches Zentrum Mobilität der Zukunft in München mit Zweigstellen zum Beispiel in Hamburg und Sachsen soll sich unter anderem um neue Mobilitätsformen in Verbindung mit Wireless Technologies kümmern (insgesamt 322 Mio. Euro). Heute mobilisieren wir somit alle Kraft für eine zukunftsfähige, weil nachhaltige Infrastruktur

Auch im Bereich Landwirtschaft nehmen wir die Zukunftsthemen in den Blick. Die Digitalisierung in der Landwirtschaft ist für uns zentral, um bedarfsgerecht und ressourcenschonend zu arbeiten. Neben den Experimentierfeldern stellen wir nun auch 40 Mio. Euro über 5 Jahre für den Aufbau eines Fraunhofer-Zentrums für Biogene Wertschöpfung und Smart Farming mit Standorten in Mecklen-

burg-Vorpommern und Bayern bereit. Der Fokus ist die anwendungsnahe Erforschung von Technologien entlang der gesamten Wertschöpfungskette für eine nachhaltige Landwirtschaft.



In diesem Haushalt ging es darum die richtigen Prioritäten neben den Corona-Hilfen zu setzen. Denn wir müssen auf die aktuellen Herausforderungen in Land- und Forstwirtschaft reagieren. Wir begleiten den Strukturwandel und möchten Landwirtschaft und Gesellschaft wieder enger zusammenbringen. Wir haben dabei auch unsere Klimaverpflichtungen im Blick. Daher erhöhen wir die Investitionen im Bereich der Energieeffizienz um 4 Mio. Euro auf insgesamt rund 38 Mio. Euro. Das Bundesprogramm Energieeffizienz für Landwirtschaft und Gartenbau ist ein wichtiger Teil des Klimaschutzplans 2030 der Bundesregierung für den Sektor der Landwirtschaft.

Auch die Entwicklung unserer ländlichen Regionen behalten wir im Blick. Hier lebt mehr als die Hälfte unsere Bevölkerung. Wir erhöhen das Bundesprogramm Ländliche Entwicklung (BULE) um weitere 5 Mio. Euro auf insgesamt rund 68 Mio. Euro. Ländliche Räume zu stärken und zu gleichwertigen Lebensverhältnissen in Stadt und Land beizutragen, gehört zu den Kernaufgaben unserer ausgleichenden Politik.